EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT

Die Europäische Union ist das großartigste Friedens- und Wohlstandsprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Doch nie war ihre Akzeptanz niedriger als heute. Es ist nicht zu übersehen, dass einzelne Teile der EU heute nicht perfekt sind. Diese Schwächen wollen wir beheben, damit sich Europas ganze Stärke entfaltet. Wir brauchen endlich einen europäischen Erneuerungsimpuls, damit sich Europa auf die großen Dinge konzentriert, statt sich in tausend Details zu verstricken.

Europas Verantwortung gerecht werden

Die politischen Umwälzungen in der Welt haben sichergeglaubte Gewissheiten ins Wanken gebracht. Die Stärkung der
Europäischen Union ist deshalb unabdingbar. Dafür muss die
EU ihre Differenzen überwinden, auf Grundlage ihrer gemeinsamen Werte außenpolitische Prioritäten setzen und die eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Dazu
gehören eine klare Haltung gegenüber Russland, das Ende
der Beitrittsgespräche zwischen der EU und der Türkei und
der pragmatische Umgang mit dem Brexit. Aber auch auf dem
Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss Europa
näher zusammenrücken. Dafür wollen wir die Gemeinsame
Außen- und Sicherheitspolitik der EU stärken und eine Europäische Armee aufbauen.

Effektiver Schutz der EU-Außengrenzen

Die EU braucht einen effektiven Schutz ihrer Außengrenzen. Nur so können wir wirksam kontrollieren, wer in die EU einreist und gleichzeitig die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offenhalten. Im Moment werden Mitgliedstaaten an den Außengrenzen aber weitgehend alleine gelassen. Das wollen wir ändern, indem die Grenzagentur FRONTEX von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut wird.

Digitaler Binnenmarkt für Europa

Europa lässt riesige Chancen für seine Bürgerinnen und Bürger ungenutzt. Denn es existiert kein digitaler Binnenmarkt. Dabei könnten laut Schätzung der Europäischen Kommission durch den freien Verkehr von digitalen Waren und Dienstleistungen jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Allerdings gibt es, anders als wir es in Europa bei Waren, Dienstleistungen und Kapital gewohnt sind, im digitalen Bereich Hindernisse beim Grenzübertritt. Die Mitgliedstaaten haben alle ihren eigenen digitalen Markt mit unterschiedlichen Regulierungen. Das wollen wir ändern und einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen.

Reformen für eine bessere EU

Die EU ist an einigen Stellen zu träge und falsch ausgerichtet. Sie verstrickt sich unnötig in Details, anstatt die großen Aufgaben anzunehmen, die wir nur gemeinsam in Europa lösen können. Deshalb wollen wir institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden, damit es selber gesetzgeberisch tätig werden kann statt nur darauf zu warten, dass die EU-Kommission etwas unternimmt. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld. Die EU-Kommission kann von 28 auf 16 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen.

Fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa

Wir brauchen die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten, um die Flüchtlingskrise zu meistern. Einige Mitgliedstaaten verweigern aber nahezu jede Hilfe, während andere sich über die Maßen engagieren. Das ist unfair. Deswegen fordern wir einen fairen Verteilungsschlüssel. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

Euro nachhaltig stabilisieren

Auf dem Weg zu soliden Finanzen in ganz Europa liegt noch viel Arbeit vor uns. Deshalb wollen wir die Nichtbeistandsklausel stärken. Diese besagt, dass weder die Europäische Union noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitgliedstaates haften müssen. Wir wollen auch, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer missbraucht wird. Im Gegenteil sollen ESM-Finanzhilfen nur strikt nach den dafür vorgesehenen Regeln vergeben werden. Zudem wollen wir eine Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen, damit ein Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine möglich wird. Denn die Währungsunion soll nicht zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden.

Mehr Informationen finden Sie auf fdp.de/denkenwirneu



